

Krieg gegen die Ukraine

Eine Stellungnahme der AGDF-Mitgliederversammlung 2022

I. Was sehen wir?

- (1) Die AGDF und ihre Mitglieder verurteilen den Tod und Leid bringenden Angriff Russlands auf die Ukraine. Er verletzt massiv das internationale Völkerrecht. Unsere Solidarität und unser tiefes Mitgefühl gelten den Menschen in der Ukraine, den Vertriebenen und Geflüchteten, den Ausharrenden und Verehrten.

Täglich sind neue Opfer des Krieges zu beklagen. Das Leid der unter dauernden Angriffen stehenden ukrainischen Bevölkerung ist unermesslich. Zerstörung, Verschleppung, Gewalt, Vergewaltigungen und Folter sind Ausdruck einer Gewaltkultur, in der Menschenrechte nicht mehr gelten.

- (2) Die Ukraine nimmt ihr Recht zur Landesverteidigung entschlossen wahr. Im politischen und militärischen Fokus steht der bewaffnete Widerstand in Verbindung mit der Frage, in welchem Ausmaß die westlichen Staaten die Ukraine unterstützen, sowohl mit Waffenlieferungen wie auch mit Sanktionen gegen Russland, um dem imperialistischen Machtstreben Putins Einhalt zu gebieten.
Wenig mediale und politische Beachtung findet hingegen der zivile gewaltfreie Widerstand, mit dem die Menschen in der Ukraine ihre Unabhängigkeit, ihre Freiheit und ihre demokratischen Errungenschaften verteidigen.
- (3) Ein Ende des Krieges ist ungeachtet militärischer Erfolge des ukrainischen Militärs nicht in Sicht. Die Spielräume für diplomatische Lösungen scheinen gering. Die Gefahr eines russischen nuklearen Angriffs ist nicht gebannt, ebenso wie Gefahr einer nuklearen Verseuchung der Region durch immense Beschädigungen an einem der ukrainischen Atomkraftwerke.
- (4) Putin verfolgt nach eigenen Worten das Ziel, die Ukraine als eigenständigen Nationalstaat aufzulösen und in das russische Imperium zu integrieren. Für ihn und das russische Hegemoniestreben stellen sowohl die Westorientierung wie auch die zunehmende Demokratieentwicklung in der Ukraine eine Gefahr dar.

Wir sehen ebenfalls erschreckende Folgen des Krieges für die Bevölkerung Russlands, die auch unter den Auswirkungen von Sanktionen und immer stärkeren Repressionen leidet.

II. Was machen wir uns bewusst?

- (5) Die Ukraine ringt seit dem Zerfall der Sowjetunion um ihre politische und wirtschaftliche Zugehörigkeit und ihre Unabhängigkeit. Sie trat 1994 dem Atomwaffensperrvertrag bei und stimmte dem Abzug von 176 strategischen sowie mehr als 2.500 taktischen Atomraketen zu. Im Budapester Memorandum von 1994 sicherten die USA, Großbritannien und Russland der Ukraine zu, die Unabhängigkeit und die existierenden Grenzen zu achten.
- (6) Russland lehnt die Osterweiterung der NATO ab. 1997 kam es zur NATO-Russland-Grundakte mit der gegenseitigen Verpflichtung, die Souveränität aller Staaten zu achten. Russland erkannte an, dass es kein Vetorecht gegen die NATO-Mitgliedschaft anderer Länder hat, während die NATO erklärt, keine Atomwaffen in den osteuropäischen Staaten zu stationieren. Die 2008 in Aussicht gestellte Einladung an die Ukraine und Georgien zum NATO-Beitritt führte zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen.

- (7) In den 1990er Jahre gelang eine kooperative Sicherheitspolitik mit einem abgerüsteten Europa und einer intensiven Zusammenarbeit zwischen den NATO-Staaten und Russland - beispielsweise in der OSZE - nicht. Danach setzte der US-Präsident George W. Bush auf militärische Stärke. Ab 2001 stiegen die USA, aber auch Russland aus Rüstungskontrollverträgen aus¹.
- (8) Wichtige Weichenstellungen sind die NATO-Ukraine-Charta von 1997 über eine militärische Partnerschaft, die orangene Revolution 2004, die Vereinbarungen zu einer Östlichen Partnerschaft mit der EU 2009, das Assoziierungsabkommen mit der EU 2013 und die 2019 von der Ukraine als Staatsziel beschlossenen „strategische Orientierung zum vollständigen Beitritt zur EU und der NATO“. Diese politische Entwicklung wird in der Ukraine kontrovers diskutiert, dabei gibt es große Differenzen zwischen der Ost- und der Westukraine.
- (9) Die souveräne Ukraine sieht sich spätestens seit 2014 bedroht und möchte deshalb über Fähigkeiten zur Abschreckung und Verteidigung verfügen. Sie wird dabei von westlichen Staaten unterstützt und bezieht seit Frühjahr 2022 in großem Ausmaß Waffen aus dem Westen sowie militärische Ausbildung.
- (10) Russland antwortet auf den Euromaidan und den Fall der prorussischen Regierung u.a. mit der Annexion der Krim und der militärischen und finanziellen Unterstützung der sogenannten Separatistengebieten im Jahr 2014. Der seitdem andauernde Krieg führt zu einer Destabilisierung der Ukraine. Russland erkennt im Februar 2022 die Gebiete Donezk und Luhansk als unabhängige Staaten an.
- (11) Der Krieg und die Sanktionen haben globale Wirkungen. Die UN weisen hin auf die Folgen steigender Kosten insbesondere für fossile Rohstoffe (Erdöl, Erdgas) und Lebensmittel, vor allem in den Ländern des globalen Südens². Seit März 2022 sind weitere 71 Millionen Menschen in Armut geraten. Millionen Menschen droht Hungertod. Die schon lange bestehende Ernährungskrise wird verschärft durch die Konsequenzen des Klimawandels, der Pandemie sowie von Kriegen, Krisen, Gewalt.
- (12) Wir machen uns bewusst, dass die Instrumente der europäischen Friedensordnung nicht ausreichend gestärkt wurden. Mächtige Staaten verfolgen nationale und geostrategische Interessen und zeigen wenig Interesse an einer gemeinsamen Friedensanstrengung.

1 <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/507623/die-hoffnung-auf-eine-gesamteuropaeische-friedens-und-sicherheitsarchitektur-nicht-aufgeben/> Vertrag über antiballistische Raketen (ABM) 2001, nukleare Mittelstreckenraketen (INF), unbewaffnete Beobachtungsflugzeuge (Open Sky) und konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE).

2 Epd-Meldung vom 7.7.2022: „Die steigenden Preise für Essen und Energie haben laut den Vereinten Nationen vor allem in den Entwicklungsländern Hunger und Not in rasanter Geschwindigkeit verschärft. Rund 71 Millionen Menschen seien in den drei Monaten seit März zusätzlich in Armut gerutscht, erklärte das Entwicklungsprogramm UNDP am Donnerstag in New York. „Beispiellose Preisanstiege bedeuten, dass für viele Menschen auf der ganzen Welt die Lebensmittel, die sie sich gestern noch leisten konnten, heute einfach nicht mehr bezahlbar sind“, erklärte UNDP-Leiter Achim Steiner. Die Gefahr zunehmender sozialer Unruhen wachse von Tag zu Tag. Als Ursache für die hohen Inflationsraten nannte das UNDP den Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Die Regierungen von Entwicklungsländern, die mit knappen Haushaltsreserven, hoher Staatsverschuldung und steigenden Zinsen auf den globalen Finanzmärkten zu kämpfen hätten, stünden vor Herausforderungen, die ohne Unterstützung der Weltgemeinschaft nicht lösbar seien.“

III. Was sagen wir in der AGDF einander?

Wir müssen feststellen, dass wir die Entwicklungen, die zum russischen Angriffskrieg führten, zu wenig thematisiert und zu spät kritisch reflektiert haben. Wir haben die Stimmen aus dem östlichen Europa zu wenig wahrgenommen.

Wir bekräftigen unsere „gemeinsame Überzeugung, dass Frieden nicht mit militärischer Gewalt geschaffen werden kann, sondern aus einem Prozess erwächst, in dem Ungerechtigkeit, Gewalt, Unfreiheit, Not und Angst überwunden werden“³.

Wir halten fest an dem Wert der Gewaltfreiheit. Aus der Botschaft, dass Gottes Reich des Friedens und der Gerechtigkeit mit Jesus Christus bereits angebrochen ist, ergeben sich Maßstäbe für individuelles und politisches Verhalten.

Gleichzeitig gibt es auch Stimmen innerhalb der AGDF, die den Einsatz militärischer Mittel als ultima ratio nicht ausschließen.

In unserem Verband diskutieren wir Tragfähigkeit, Wirksamkeit und Grenzen der Gewaltfreiheit. Es besteht Einvernehmen, dass wir das Recht der ukrainischen Bevölkerung auf militärische Verteidigung nicht in Frage stellen. Unter uns besteht zugleich ein Dissens, wie wir diese Entscheidung bewerten. Wir können jetzt nicht abschließend einschätzen, welcher Weg zu weniger Leid und Gewalt führt. Wir erkennen ein ethisches Dilemma, das sich auch in diversen Positionen innerhalb der AGDF widerspiegelt, dem wir uns zu stellen haben.

Wir wollen uns (weiterhin) dem Diskurs innerhalb unserer Aktionsgemeinschaft wie auch in den bestehenden Kooperationen in und außerhalb der Kirche stellen. Wir beteiligen uns an Debatten um die christliche Friedensethik und ihre Weiterentwicklung, wir bringen friedenspraktische und friedenspolitische Erfahrungen ein. Wir nutzen ökumenische und internationale Beziehungen, um andere Perspektiven kennenzulernen und einzubeziehen.

Unsere gemeinsame Maxime in der AGDF ist das biblische Verständnis des Schalom, das in einem umfassenden Sinne das Heil-Sein der Menschen, der menschlichen Gemeinschaft und der ganzen Schöpfung bedeutet. Für uns ist dies die Mitarbeit „an einer künftigen Welt, in der soziale Gerechtigkeit gelebt wird, Konflikte gewaltfrei ausgetragen werden und in der alle Geschöpfe ihren unversehrten Lebensraum haben“.⁴

Dieses Engagement für Gerechtigkeit und Frieden in der Welt verbindet uns in der AGDF in unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten und Perspektiven.

Wir sind überzeugt von der Notwendigkeit einer „friedenslogischen Politik“, welche die Krisenprävention und Mittel der Konflikttransformation fördert, die Einhaltung von Menschenrechten und Demokratie zum Maßstab ihres Handelns macht und Institutionen wie die Vereinten Nationen, die OSZE und den Internationalen Gerichtshof für Menschenrechte stärkt.

Wir halten fest an dem Profil der internationalen Freiwilligendienste, die von unseren Mitgliedern ausdrücklich als Friedensdienst und als Praxis zivilgesellschaftlichen Handelns gestaltet werden. Zu ihren Charakteristika zählen die Sensibilisierung für Menschenrechte, die Stärkung demokratischer Grundwerte, die selbstkritische Auseinandersetzung mit den Unrechtsfolgen deutscher und europäischer Geschichte, die Reflexion der Verstrickung und der eigenen Verantwortung im politischen System.

3 Leitbild 2006, 2. Absatz

4 a.a.O., 3. Absatz

IV. Was tun wir im Kontext des Krieges und seiner Folgen; was nehmen wir wahr?

- Wir halten Mahnwachen, gestalten Friedensgebete und bringen uns in öffentliche Debatten ein.
- Wir setzen uns für Geflüchtete, Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aller am Krieg beteiligten Staaten ein.
- Wir beteiligen uns an der Hilfe für Menschen in Not.
- Wir versuchen Kontakt zu Partnern der Zivilgesellschaft in den am Krieg beteiligten Staaten zu halten, trotz Repressionen, wachsender Feindschaft und behindernder Sanktionen.
- Wir hören den Ruf von Partner*innen aus Osteuropa nach einem Schutz vor dem russischen Imperialismus.
- Wir hören den Ruf von Partner*innen aus dem globalen Süden und die Sorge, ob ihre Probleme und Anliegen sowie die dortigen Kriege von uns und von den reichen westlichen Staaten nun noch stärker ausgeblendet werden.
- Wir sehen, dass immense Mittel durch Waffenlieferungen und zivile Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine gebunden werden bzw. für die Aufrüstung vorgesehen sind. So fehlen Mittel gegen den sich verschärfenden Klimawandel und Ungerechtigkeit sowie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung.

V. Wir haben Erwartungen an die deutsche Politik

- Es ist alles zu tun, damit der Krieg deeskaliert wird. Wesentlich handlungsleitend sollte die Frage sein, wie ein Waffenstillstand und Friedensverhandlungen befördert werden können.
Ziel sind der Aufbau von Vertrauen, die Vermeidung von Feindschaft und Vorurteilen und eine neue Friedensordnung in Europa, die Russland einschließt.
- Sanktionen sollen kontinuierlich in ihren (erwünschten und unerwünschten) Wirkungen überprüft werden.
Zudem müssen Kriterien benannt werden, unter welchen Voraussetzungen sie ausgesetzt oder aufgehoben werden.
- Die Möglichkeiten eines zivilgesellschaftlichen (und kirchlichen) Austausches mit der russischen Föderation und deren verbündete Staaten sind zu erhalten bzw. weiter zu fördern. Der Austausch von jungen Menschen, die Aufnahme und Entsendung von Freiwilligen, Städtepartnerschaften, die grenzüberschreitende Gedenkstätten- und Versöhnungsarbeit von Seiten Deutschlands, bilateraler Jugendwerke und der EU sind – so sie aufgrund staatlicher Repression von Russland und Belarus überhaupt möglich sind – weiter zu fördern. Sie dürfen nicht eingeschränkt werden, müssen aber in ihrer Wirkung und Ausrichtung auch vor dem Hintergrund aktueller politischer und internationaler Entwicklungen abgewogen und hinterfragt werden
- Alle Geflüchteten und alle Staaten sind zu unterstützen, die in Folge von Krieg und Sanktionen unverschuldet in Not geraten sind.
Mittel hierfür, ebenso wie für den Kampf gegen Ungerechtigkeit und Klimawandel, dürfen nicht zu Gunsten von Mitteln für Militär vernachlässigt, sondern sollten vielmehr erhöht werden.
- In der geplanten Nationalen Sicherheitsstrategie, die auf dem Konzept menschlicher und gemeinsamer Sicherheit beruhen sollte, ist der Krisenprävention, der Diplomatie und der zivilen Konfliktbearbeitung Vorrang zu geben.⁵

⁵ Wir verweisen auch auf eine entsprechende Forderung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe: „Als Antwort auf wachsende Militarisierung, Konfrontation und Proliferation von Waffen rufen wir die Regierungen Europas und der gesamten

- Wir erwarten eine breite Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft an der Erarbeitung dieser Strategie.
- Im laufenden Prozess der Erarbeitung der Nationalen Sicherheitsstrategie ist in breitem Rahmen zu diskutieren, inwieweit die Bundeswehr benötigt wird bzw. für welche Aufgaben und mit welcher Ausstattung sie eingesetzt werden soll. Dies ist vom Bundestag zu beschließen. Gleichzeitig sind auf kommunaler und regionaler Ebene Strukturen aufzubauen, die Resilienz und Sicherheit durch Soziale Verteidigung unabhängig vom Militär stärken. Grundsätzlich kritisch sehen wir das Sondervermögen für die Bundeswehr ebenso wie das Ziel, dass der Etat für Verteidigung jedes Jahr mindestens 2% des Bruttosozialproduktes betragen soll.
- Es ist überfällig, sich konsequent für einen schnellen Ausstieg aus dem Konzept der atomaren Abschreckung einzusetzen, die nukleare Teilhabe zu beenden und den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen.
- Es sollen Konzepte und Strategien für eine EU als Zivilmacht entwickelt werden.

VI. Wir haben Erwartungen an die Zusammenarbeit mit Kirchen

- Der Krieg verläuft auch an kirchlichen Trennlinien. Umso mehr haben wir die Erwartung, dass die Ökumene zeichenhaft diese Trennlinien überwindet und einer Friedenspolitik den Weg bereitet. Formate und Orte der Begegnungen zwischen Mitgliedskirchen des Ökumenischer Rat der Kirchen und der Konferenz Europäischer Kirchen sollen ausgebaut und entsprechend genutzt werden.
- Kirchen sollen den Krieg nicht legitimieren.

VII. Wie machen wir weiter?

Wir werden uns weiterhin für eine Deeskalation, für ein Ende des Krieges und für Schritte hin zu einem nachhaltigen, gerechten Frieden und für Versöhnung einsetzen.

Um die richtigen Wege aus der Eskalation streiten wir, auch darum, wie die aggressive, interventionistische Politik Russlands und auch anderer autokratisch regierter Regime gestoppt werden kann. Einfache Lösungen gibt es nicht.

Wir setzen weiterhin und nachdrücklich auf gewaltfreie Wege, auf Diplomatie, auf Verhandlungen und auf zivilgesellschaftliches Handeln. Die Vermeidung und Verminderung von Gewalt – insbesondere auch kriegerischer Gewalt – bleibt unser Ziel.

Wir sehen einen praktischen und ethischen Entwicklungsbedarf hinsichtlich eines sozialen, zivilen und gewaltfreien Widerstandes. Wir setzen uns dafür ein, den friedenslogischen Ansatz zum Maßstab für politisches, wirtschaftliches und auch zivilgesellschaftliches Handeln zu machen⁶.

internationalen Gemeinschaft zu viel größeren Investitionen in die Suche nach und Förderung von Frieden sowie zur Stärkung von Maßnahmen zur friedlichen Konfliktbewältigung, zivilen Konflikttransformation und Versöhnungsprozessen, anstatt in die Ausweitung von Konfrontation und Teilung, auf.“ (Quelle: " Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa", eine Erklärung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates Kirchen (ÖRK), [Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa | World Council of Churches \(oikoumene.org\)](https://www.oikoumene.org/en/press-releases/2022/11/11th-assembly-of-the-ecumenical-council-of-churches))

⁶ „Das Grundgerüst der Friedenslogik fußt auf der Erkenntnis, dass Frieden sowohl durch die Abwesenheit von Gewalt als auch durch konstruktive Beziehungssysteme bestimmt ist. Der Sinn des Ansatzes besteht darin, soziale wie politische Praxis theoretisch so zu differenzieren, dass sie zum Ziel des Friedens beitragen können. Die Friedenslogik stellt das kohärente Extrakt wesentlicher

Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung dar, die im Spiegel langjähriger Praxis ziviler Konfliktbearbeitung reflektiert worden sind.“ (Christiane Lammers) <https://pzkb.de/friedenslogik/>